

315985-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Projektmanagement im Bauwesen – Stadt Bochum: Projektsteuerungsleistung zur Steuerung des Pakets 5

OJ S 89/2026 08/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bochum

E-Mail: stefan.mager@luther-lawfirm.com

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Stadt Bochum: Projektsteuerungsleistung zur Steuerung des Pakets 5

Beschreibung: Die Stadt Bochum (nachfolgend "Auftraggeber") steht als Schulträger vor der Herausforderung, dem stetig wachsenden Raumbedarf aufgrund der steigenden Schulanmeldungen im Bochumer Stadtgebiet zu entsprechen. In diesem Zusammenhang herrscht - neben dem Erfordernis an Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen bereits bestehender Schulgebäude - ein erheblicher Bedarf an der Schaffung neuer Sport- und Lernräume. Dabei ist der Auftraggeber nach dem Schulgesetz verpflichtet, Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Zur Erfüllung dieser ihr gesetzlich obliegenden Pflicht plant der Auftraggeber dem wachsenden Raumbedarf im Rahmen eines umfassenden Schulbau- und Schulmodernisierungsprogramm zu begegnen. Dieses beinhaltet erforderliche Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen für 27 schulische Einrichtungen. Das Programm umfasst dabei alle Schularten und bezieht sich auf Grund-, Förder- und weiterführende Schulen. Erste Grobkostenschätzungen des Auftraggebers liegen inklusive Nebenkosten jeweils zwischen 4 und 145 Mio. EUR (brutto), gesamt bei rund 660 Mio. EUR (brutto). Nachdem die Vergabeverfahren zur Umsetzung der ersten Projekte begonnen haben, soll nunmehr die Realisierung der Projekte 10 - 15 beginnen. Diese werden als "Paket 5" zusammengefasst und beinhalten folgende schulische Einrichtungen: - Liboriuschule, Josephinenstraße 80, 44807 Bochum - Vels-Heide-Schule, Sanderweg 25, 44803 Bochum - Natorpschule, Natorstraße 51, 44795 Bochum - Glückaufschule, Bochumer Straße 69 + 71, 44866 Bochum - Katholische Grundschule Don-Bosco-Schule, Friederikastraße 21, 44789 Bochum - Junusz-Korczak-Schule, Alleestraße 117a + b, 44793 Bochum Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen sind Projektsteuerungsleistungen in Form der Projektstufen 1 bis 5 (Projektvorbereitung, Planung, Ausführungsvorbereitung, Ausführung, Projektabschluss) in den Handlungsbereichen: Organisation(A), Qualitäten (B), Kosten (C), Termine (D) sowie Verträge (E) nach Maßgabe der AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (Stand: Mai 2025). Zudem können optional besondere Leistungen nach § 3 AHO Heft Nr. 9 (Stand: Mai 2025) sowie das Leistungsbild Fördermanagement (optional) erbracht werden. Insbesondere hat der Auftragnehmer (funktionale) Leistungsbeschreibungen zur Umsetzung der jeweiligen Schulbaumaßnahmen zu erstellen sowie Planungsprüfungen durchzuführen. Die weiteren

Leistungen zur Umsetzung der benannten Schulbauprojekte sollen nach der Erstellung der (funktionalen) Leistungsbeschreibung nach derzeitigem Stand wie folgt vergeben werden: - Planung und Errichtung der Liboriussschule an einen Totalunternehmer - Planung der Vels-Heide-Schule an einen Generalplaner - Planung der Natorpschule an einen Generalplaner - Errichtung der Vels-Heide-Schule an einen Generalunternehmer - Errichtung der Natorpschule an einen Generalunternehmer - Planung und Errichtung der Glückaufschule an einen Totalunternehmer - Planung und Errichtung der Katholische Grundschule Don-Bosco-Schule an einen Totalunternehmer - Planung und Errichtung der Junusz-Korczak-Schule an einen Totalunternehmer Es gilt zu beachten, dass dem Auftragnehmer sowie den weiteren Projektsteuerern der bereits ausgeschriebenen und der noch folgenden Schulbauprojekte ein einzelprojektübergreifender Multiprojektmanager im Sinne der AHO-Schriftenreihe Nr. 19 übergeordnet wird. Dieser soll alle Einzelprojekte im Wege einer übergeordneten organisatorischen Ebene managen. Der Umfang der vom Multiprojektmanager zu erbringenden Multiprojektmanagement-Leistungen orientiert sich dabei an den Vorgaben der AHO-Schriftenreihe Nr. 19 (Stand: Januar 2018). Insoweit ergeben sich für den Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsdurchführung Abstimmungs-, Koordinierungs- und Vorlagepflichten im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit dem Multiprojektmanager. Mit einem voraussichtlichen Ende des Vergabeverfahrens ist im September 2026 zu rechnen. Mit dieser EU-weiten Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb eingeleitet. Weitere Informationen sind den auf der Vergabeplattform zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen zu entnehmen. Kennung des Verfahrens: 98f94f1b-e99c-44e3-ae4b-5976f7763468

Interne Kennung: StBo_LUT_2026_0002_VVmTNW_ZD

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: 1. Das vom Auftraggeber (AG) durchgeführte Verfahren ist ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe der VgV. Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ist nach § 14 Abs. 3 Nr. 1 Alt. 1 VgV zulässig, da die vertragsgegenständlichen Projektsteuerungsleistungen die Ausarbeitung von konzeptionellen Lösungen erfordern. Die vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz des Verfahrens und der Gleichbehandlung aller Bewerber/Bieter werden im gesamten Verfahren streng beachtet. 2. Die Vergabeunterlagen enthalten weitere Informationen über den Beschaffungsbedarf des AG, insbesondere Angaben zu Eignungs- und Zuschlagskriterien. Die Vergabeunterlagen sind von Beginn des Verfahrens an über die angegebene Internetplattform abrufbar. 3. Diese Bekanntmachung leitet den vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb ein. Die für die Teilnahme am Verfahren erforderlichen Formulare können über den angegebenen Link heruntergeladen werden. 4. Im Anschluss an den Teilnahmewettbewerb werden die ausgewählten Bewerber zur Abgabe eines Angebotes auf Basis der Vergabeunterlagen aufgefordert. 5. Der behält sich vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern. Diejenigen Bieter, die zunächst nicht in die engere Wahl kommen und nicht zu einem Bietergespräch eingeladen werden, werden nicht sogleich vom Verfahren ausgeschlossen, sondern "on hold" gestellt. Diese Bieter bleiben an ihr Angebot gebunden und behalten die Chance zu einem verbesserten Angebot, falls sich ergibt, dass den zunächst in die engere Wahl gelangten Bietern der Zuschlag - gleich aus welchem Grund - nicht erteilt werden kann. - Fortsetzung unter zusätzliche Informationen -

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Wittener Str. 47

Stadt: Bochum

Postleitzahl: 44777

Land, Gliederung (NUTS): Bochum, Kreisfreie Stadt (DEA51)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 200 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4D6VMN1D# - Fortsetzung zu den wichtigsten Merkmale des Verfahrens - 6. Der Auftraggeber hat sich dazu entschieden, den Auftrag nicht in Lose aufzuteilen, sondern die begehrten Projektsteuerungsleistungen für die sechs benannten Schulbaumaßnahmen im Rahmen einer Gesamtvergabe an einen Projektsteuerer zu vergeben. Vorliegend überwiegen wirtschaftliche Gründe nach § 97 Abs. 4 S. 3 Alt. 1 GWB dem Gebot zur Losaufteilung aus § 97 Abs. 4 S. 2 GWB, sodass diese eine Gesamtvergabe erfordern. Die maßgeblichen Gründe für die Gesamtvergabe sind in einem Vermerk niedergelegt und werden an dieser Stelle verkürzt dargestellt: Die gemeinsame Vergabe der Projektsteuerungsleistungen im Hinblick auf die zu steuernden sechs Einzelprojekte der Schulbaumaßnahmen geht mit finanziellen Vorteilen für den Auftraggeber einher. Dabei verkennt der Auftraggeber nicht, dass für das Vorliegen von wirtschaftlichen Gründen nicht bereits jedwede mit einer Losbildung verbundenen wirtschaftlichen Nachteile ausreichen. Erforderlich ist das Überschreiten eines finanziellen Mehraufwands, der üblicherweise und regelmäßig mit einer Losbildung einhergeht. Die Bildung von sechs potentiellen Teillosen im Hinblick auf die sechs Einzelprojekte würde einen finanziellen Mehraufwand bedeuten, der über die üblicherweise und regelmäßig mit einer Losbildung einhergehenden Mehrkosten hinausgeht. Die gemeinsame Vergabe an einen Projektsteuerer, der die sechs Einzelprojekte aus einer Hand steuert, führt dazu, dass der Projektsteuerer Synergieeffekte, welche durch die parallele Bearbeitung mehrerer Einzelprojekte entstehen, effizient nutzen kann. So ist es einem Projektsteuerer beispielsweise möglich, Ressourcen wie Personal effizient auf die Einzelprojekte aufzuteilen, um "Leerlauf" in den einzelnen Projektphasen zu vermeiden und die Arbeitszeit der Mitarbeitenden effizient auf die Einzelprojekte zu verteilen. Ferner können bestimmte Daten und Entwürfe aus einem Projekt auf andere Projekte übertragen werden und müssen nicht - wie im Falle der Losweisen Vergabe - von jedem Projektsteuerer einzeln erarbeitet werden. Zudem ist es möglich, eine Bündelung im Hinblick auf die Abstimmung mit dem Auftraggeber zu erzielen. Termine, Abstimmungen und Absprachen mit dem Auftraggeber können für alle drei Projekte zusammengelegt werden. Dies spart Zeit und Kapazitäten sowohl auf Seiten des Auftragnehmers als auch auf Seiten des Auftraggebers. Die mit einer Gesamtvergabe einhergehenden, dargestellten finanziellen und zeitlichen Einsparungen wiegen umso schwerer vor dem Hintergrund, dass der Auftraggeber im Rahmen seines Schulbau- und Schulmodernisierungsprogramms dazu angehalten ist, bis zu 27 unterschiedliche Vergabeverfahren zeitlich und finanziell zu koordinieren und durchzuführen. 7. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass bereits ein Multiprojektmanagers zur Koordinierung der 27 Einzelprojekte beauftragt wurde. Zwischen dem Multiprojektmanager und den Projektsteuerern der jeweiligen Einzelprojekte darf keine Personenidentität bestehen. Aus diesem Grund wird im gegenständlichen Verfahren eine Angebotslimitierung dergestalt vorgenommen, dass diejenigen Bieter, die im Vergabeverfahren zur Beschaffung der

Multiprojektmanagement-Leistungen den Zuschlag erhalten hat, kein Angebot im gegenständlichen Verfahren abgeben darf. 8. Auf die Ausführungsbestimmungen nach dem TVgG NRW wird hingewiesen. Diese werden als besondere Vertragsbedingungen der Vergabeunterlagen beigefügt. 9. Der Auftraggeber ist im Rahmen des Vergabeverfahrens gehalten, personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu speichern. Weitere Informationen sind dem Dokument "Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten" zu entnehmen. 10. Auskunftersuchen des Interessenten sind ausschließlich über die Vergabepattform an den Auftraggeber zu richten. Andere Stellen dürfen keine Auskünfte erteilen. Dennoch anderweitig erlangte Auskünfte sind unbeachtlich.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Stadt Bochum: Projektsteuerungsleistung zur Steuerung des Pakets 5
Beschreibung: Der Auftraggeber weist darauf hin, dass bereits ein Multiprojektmanagers zur Koordinierung der 27 Einzelprojekte beauftragt wurde. Zwischen dem Multiprojektmanager und den Projektsteuerern der jeweiligen Einzelprojekte darf keine Personenidentität bestehen. Aus diesem Grund wird im gegenständlichen Verfahren eine Angebotslimitierung dergestalt vorgenommen, dass diejenigen Bieter, die im Vergabeverfahren zur Beschaffung der Multiprojektmanagement-Leistungen den Zuschlag erhalten hat, kein Angebot im gegenständlichen Verfahren abgeben darf. Auf die Ausführungsbestimmungen nach dem TVgG NRW wird hingewiesen. Diese werden als besondere Vertragsbedingungen der Vergabeunterlagen beigelegt. Der Auftraggeber ist im Rahmen des Vergabeverfahrens gehalten, personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu speichern. Weitere Informationen sind dem Dokument "Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten" zu entnehmen. Auskunftersuchen des Interessenten sind ausschließlich über die Vergabepattform an den Auftraggeber zu richten. Andere Stellen dürfen keine Auskünfte erteilen. Dennoch anderweitig erlangte Auskünfte sind unbeachtlich.
Interne Kennung: StBo_LUT_2026_0002_VVmTNW_ZD

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71541000 Projektmanagement im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Abschluss eines Stufenvertrages ist beabsichtigt. Mit Zuschlagserteilung sollen die Grundleistungen der Projektstufe 1 und 2 bezogen auf alle Einzelprojekte in den Handlungsbereichen Organisation (A), Qualitäten (B), Kosten (C), Termine (D) sowie Verträge (E) fest beauftragt werden. Die Projektstufen orientieren sich an den Projektstufen der AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (Stand: Mai 2025). Des Weiteren werden für alle Einzelprojekte die Erstellung der funktionalen Leistungsbeschreibung für die Ausschreibungen der GP/GU/TU-Leistungen mit Zuschlagserteilung beauftragt. Zudem können optional besondere Leistungen nach § 3 AHO Heft Nr. 9 (2025) sowie das Leistungsbild Fördermanagement (optional) erbracht werden. Insbesondere hat der Auftragnehmer (funktionale) Leistungsbeschreibungen zur Umsetzung der jeweiligen Schulbaumaßnahmen zu erstellen. Ebenfalls (optional) hat der Auftragnehmer ein Projektkommunikationssystem vorzuhalten. Darüber hinaus besteht für den Auftraggeber jederzeit die Option auch die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Projektstufen 3 (Ausführungsvorbereitung), 4 (Ausführung) und 5 (Projektabschluss) zu beauftragen. Dabei ist der Auftraggeber berechtigt, einzelne Projektstufen ganz oder teilweise oder auch nur einzelne Leistungen aus den Projektstufen und Handlungsbereichen zu beauftragen für sämtliche Einzelprojekte oder nur für einzelne Einzelprojekte.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Wittener Str. 47

Stadt: Bochum

Postleitzahl: 44777

Land, Gliederung (NUTS): Bochum, Kreisfreie Stadt (DEA51)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 4 Jahre

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftrag ist durchzuführen, bis sämtliche geschuldete Leistungen durch den Auftragnehmer erbracht und abgenommen wurden. Daher ist die Angabe der "Maximalen Verlängerung" hypothetisch. Maßgeblich ist die Laufzeit in dem Vertrag, welcher Bestandteil der Vergabeunterlagen ist

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Alle geforderten Nachweise und Erklärungen sind mit dem Angebot vorzulegen. Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft sind sämtliche unter diesem Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" aufgeführten Unterlagen jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Die unter den Abschnitten "Technische und berufliche Leistungsfähigkeit" und "Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit" aufgeführten Unterlagen können für eine Bewerbungsgemeinschaft insgesamt vorgelegt werden. Die Vergabestelle behält sich vor Zuschlagserteilung vor, Führungszeugnisse sowie Gewerbezentralregistrauszüge zu fordern. In jedem Fall erfolgt vor Erteilung des Zuschlags eine Abfrage bei dem Wettbewerbsregister. Ausländische Bewerber haben gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes beizubringen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 1. Soweit zutreffend: Bewerbungsgemeinschaftserklärung. Hierfür ist das Formular I "Erklärung der Bewerbungsgemeinschaft" zu verwenden; 2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB. Die Erklärung kann durch die Abgabe des den Vergabeunterlagen beigefügten Formulars II "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" erbracht werden; 3. Aktueller Auszug aus dem Handels- oder Berufsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Herkunftslandes. Falls keine

Eintragungspflicht im Handelsregister besteht, eine formlose Erklärung, weshalb für den Bewerber keine Eintragungspflicht besteht nebst Angaben zu vertretungsberechtigten Personen. 4. Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG. Hierfür ist das Formulars III "Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG" zu verwenden. 5. Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022. Hierfür ist das Formular IV "Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023" zu verwenden. 6. Eigenerklärung zur Einhaltung der Bestimmungen des LkSG. Hierfür ist das Formular V. "Eigenerklärung LkSG" zu verwenden

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Berufliche Risikohaftpflichtversicherung" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 7. Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 5 Mio. EUR für Sach- und Personenschäden (2-fach maximiert) und 5 Mio. EUR für Vermögensschäden (2-fach maximiert) oder eine entsprechende Absichtserklärung, das ein Abschluss im Falle der Zuschlagserteilung erfolgen wird. Hierfür ist das Formular VI "Eigenerklärung zu der Berufs- / Berufshaftpflichtversicherung" zu verwenden. Mindestanforderungen: Die vorgenannte Anforderungen sind Mindestanforderungen und somit zwingend zu erfüllen. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Allgemeiner Jahresumsatz" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 8. Erklärung zum allgemeinen Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR (netto) jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Mindestanforderungen: Der Bewerber muss folgenden Mindestanforderungen erfüllen: Ein durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz des Unternehmens von 2.3 Mio. EUR (netto) muss im Mittel in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erreicht oder überschritten worden sein. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Zudem ist Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Mittel im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Hierfür ist das Formular VII "Eigenerklärung zu den Umsätzen" zu verwenden und vollständig auszufüllen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 10,00

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 9. Erklärung zum spezifischen Umsatz des Unternehmens in EUR (netto) im spezifischen Leistungsbereich der Ausschreibung

(Projektsteuerungs-Leistungen) jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Mindestanforderungen: Der Bewerber muss folgenden Mindestanforderungen erfüllen: Ein spezifischer durchschnittlicher Umsatz des Unternehmens von 2,3 Mio. EUR (netto) im spezifischen Leistungsbereich der Ausschreibung (Projektsteuerungs-Leistungen) muss im Mittel in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erreicht oder überschritten worden sein. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Zudem ist der spezifische Umsatz des Bewerbers im spezifischen Leistungsbereich der Ausschreibung (Projektsteuerungs-Leistungen) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Mittel im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Hierfür ist das Formular VII "Eigenerklärung zu den Umsätzen" zu verwenden und vollständig auszufüllen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Punkte, genau): 15,00

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 10. Erklärung zum spezifischen Umsatz des Unternehmens in EUR (netto) im spezifischen Leistungsbereich der Planungs- und Ingenieurleistungen jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Hinweis: Die Abfrage des spezifischen Umsatzes des Unternehmens im Leistungsbereich der Planungs- und Ingenieurleistungen erfolgt rein informatorisch. Mindestanforderungen sind nicht zu erfüllen. Hierfür ist das Formular VII "Eigenerklärung zu den Umsätzen" zu verwenden und vollständig auszufüllen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Alle geforderten Nachweise und Erklärungen sind mit dem Teilhabeantrag vorzulegen. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind sämtliche unter diesem Abschnitt "Durchschnittliche jährliche Belegschaft" aufgeführten Unterlagen jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 11. Eigenerklärung zum Unternehmen mit Ausführungen zu folgenden Angaben: (i) Hauptsitz des Unternehmens, (ii) Gründungsjahr, (iii) Gesellschafter und Konzernzugehörigkeit, (iv) Standorte, von denen der Auftrag umgesetzt werden tätigen, (v) Erreichbarkeit im Notfall, (vi) Anzahl der im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr beschäftigten Mitarbeitenden insgesamt, davon: (a) Führungskräfte (Summe FTE), (b) Projektsteuerer (Summe FTE), (c) Fachplaner (Summe FTE), (d) Sonstige Mitarbeitende (Summe FTE), (e) Auszubildende (Summe FTE). Mindestanforderungen: Der Bewerber muss folgenden Mindestanforderungen erfüllen: Der Bewerber muss im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr mindestens über sechs im Unternehmen tätige Projektsteuerer verfügt haben (aufaddierte FTE). Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Zudem ist die Anzahl der beim Bewerber im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr tätigen Projektsteuerer (aufaddierte FTE) im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Hierfür ist das Formular VIII "Eigenerklärung zum Unternehmen" sowie ein eigens erstelltes Organigramm zu verwenden und vollständig auszufüllen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Punkte, genau): 15,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Alle geforderten Nachweise und Erklärungen sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind sämtliche unter diesem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" aufgeführten Unterlagen jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 12. Eigenerklärung zu Referenzen: Jeder Bewerber muss eine Eigenerklärung über mindestens drei vergleichbare Referenzen einreichen, die jeweils die nachfolgenden Mindestanforderungen (a) - (f) kumulativ erfüllen: (a) Die Erbringung von Projektsteuerungsleistungen, gerichtet auf die Steuerung von Bauprojekten. (b) Es müssen Leistungen in jeder der Projektstufen 2-4 nach § 2 der AHO-Schriftenreihe Nr. 9 erbracht worden sein. (c) Die Baukosten des gesteuerten Bauprojekts (KG 300 und 400 DIN 276) umfassen einen Wert von mind. 15 Mio. EUR (netto). (d) Die Projektstufe 3 nach § 2 der AHO-Schriftenreihe Nr. 9 muss spätestens bis zum 31. Oktober 2025 abgeschlossen sein. (e) Der Abschluss der Projektstufe 3 nach § 2 der AHO-Schriftenreihe Nr. 9 darf nicht länger als 5 Jahre vor Absendung dieser Bekanntmachung zurückliegen. (f) Die Projektstufe 4 nach § 2 der AHO-Schriftenreihe Nr. 9 muss noch vor dem 2. November 2025 (oder früher) begonnen worden sein. Mindestens eine Referenz muss zusätzlich zu den Anforderungen (a) - (f) die folgende Mindestanforderung (g) erfüllen: (g) Die Erbringung von Projektsteuerungsleistungen, gerichtet auf die Steuerung von Bauprojekten im Bereich Bildungsbau. Zusätzlich ist hinsichtlich aller einzureichenden Referenzen anzugeben, ob diese jeweils die nachfolgenden Zusatzanforderungen (h) - (j) erfüllen: (h) Die Baukosten (KG 300 und 400 DIN 276) des gesteuerten Bauprojekts umfassen einen Wert von mind. 20 Mio. EUR (netto). (i) Die Baukosten (KG 300 und 400 DIN 276) des gesteuerten Bauprojekts umfassen einen Wert von mind. 25 Mio. EUR (netto). (j) Die Baukosten (KG 300 und 400 DIN 276) des gesteuerten Bauprojekts umfassen einen Wert von mind. 30 Mio. EUR (netto). Dabei ist jeweils eine aussagekräftige Kurzbeschreibung des Auftragsinhalts einzureichen. In der Referenz sind folgende Informationen vollständig und eindeutig darzustellen: Name des Referenzgebers, Projektbezeichnung, Ausführungszeitraum Beginn und Ende (Angabe jeweils Monat/Jahr), Name und Kontaktdaten eines Ansprechpartners beim Auftraggeber des Referenzprojekts (Telefon, Mail). Hierzu ist das Formular IX "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen" zu verwenden Mindestanforderungen: Der Bewerber muss folgenden Mindestanforderungen erfüllen: Es sind drei Referenzen einzureichen, die jeweils die Mindestanforderungen (a) - (f) kumulativ erfüllen. Eine der eingereichten Referenzen muss zusätzlich zu den Mindestanforderungen (a) - (f) die Mindestanforderung (g) erfüllen. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Die Erfüllung der Zusatzanforderungen (h) - (j) ist lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Zusätzlich ist im Rahmen der Reduzierungskriterien die Anzahl der über die Mindestanforderungen hinaus eingereichten, weiteren Referenzen sowie die Anzahl der unterschiedlichen Referenzgeber der eingereichten, weiteren Referenzen relevant. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen Gewichtung (Punkte, genau): 50,00

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1. Ein Bewerber kann andere Unternehmen als Unterauftragnehmer und/oder Eignungsverleiher einsetzen. Diese sind im Angebot unter Verwendung von Formular X zu benennen. Fall 1: Für die Benennung eines Unterauftragnehmers ohne Eignungsleihe hat der Bewerber zusätzlich für jeden

Unterauftragnehmer einzureichen: die zum Nachweis der Zuverlässigkeit und Gesetzestreue des Unterauftragnehmers unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I und IV. Fall 2: Für die Benennung eines Unternehmens als Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe bezogen auf die technische oder berufliche Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 ("Eignungskriterien"), dort unter "Durchschnittliche jährliche Belegschaft" bezeichnete Unterlage (Formular VIII "Eigenerklärung zum Unternehmen") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" bezeichnete Unterlage (Formular IX "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (iii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I und IV auch von diesem benannten Dritten, (iv) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XI. Hinweis zu Fall 2: Ein Bewerber oder eine Bewerbungsgemeinschaft kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung, für die diese Kapazitäten benötigt werden, tatsächlich erbringen werden. Fall 3: Für die Benennung eines Unternehmens als Eignungsverleiher bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Allgemeiner Jahresumsatz" sowie "Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz" bezeichnete Unterlage (Formular VII "Eigenerklärung zu den Umsätzen") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I und IV auch von diesem benannten Dritten, (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XII. Hinweis zu Fall 3: Das Unternehmen wird in haftungsrechtlicher Hinsicht mit dem Zuschlagsempfänger als Gesamtschuldner behandelt. Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen nicht nur ein selbständiges, von dem Bewerber rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Reduzierungskriterien: Sofern unter der "Art der Gewichtung" auf die "Gewichtung (Punkte, genau)" verwiesen wird, wird klargestellt, dass es sich dabei um die Höchstpunktzahl handelt, die ein Bewerber oder eine Bewerbungsgemeinschaft in diesem Eignungskriterium erhalten kann. Nach der Eignungsprüfung aller Teilnahmeanträge durch den Auftraggeber werden höchstens fünf Bewerber zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert. Die Auswahl erfolgt anhand der folgenden Kriterien: 1. Umsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, bezogen auf den Gesamtumsatz im Mittel (insgesamt können maximal 10 Punkte erreicht werden). 2. Umsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, bezogen auf den Umsatz im spezifischen Leistungsbereich der Ausschreibung (Projektsteuerungs-Leistungen) im Mittel (insgesamt können maximal 15 Punkte erreicht werden). 3. Anzahl der beim Bewerber im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr tätigen Projektsteuerer (aufaddierte FTE) (insgesamt können maximal 15 Punkte erreicht werden). 4. Anzahl und Inhalt der eingereichten, weiteren Unternehmens-Referenzen: - Anzahl eingereichter weiterer

Unternehmens-Referenzen, die die Mindestanforderungen (a) - (g) erfüllen (insgesamt können maximal 15 Punkte erreicht werden) . - Baukosten der KG 300 und 400 DIN 276 (insgesamt können maximal 15 Punkte erreicht werden). - Anzahl der unterschiedlichen Referenzgeber (juristische Person) der eingereichten, weiteren Unternehmens-Referenzen, die die Mindestanforderungen a) - g) erfüllen (insgesamt können maximal 20 Punkte erreicht werden). Sollten mehrere Bewerber bzw. Bewerbungsgemeinschaften auf Rang 5 die gleiche Punktzahl erhalten, ist die Anzahl der unterschiedlichen Referenzgeber (=Auftraggeber; juristische Person) der eingereichten, weiteren Referenzen, die die Mindestanforderungen (a) - (g) erfüllen, maßgeblich. Besteht sodann weiterhin Punktgleichheit, entscheidet das Los. Weitere Informationen sind der Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags zu entnehmen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Es wird auf das Dokument "Angebotsbedingungen" im Rahmen der Vergabeunterlagen verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personalkonzept (einschließlich Referenzen und Qualifikation des Projektteams)

Beschreibung: Es wird auf das Dokument "Angebotsbedingungen" im Rahmen der Vergabeunterlagen verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Organisationskonzept

Beschreibung: Es wird auf das Dokument "Angebotsbedingungen" im Rahmen der Vergabeunterlagen verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept zur methodischen Herangehensweise

Beschreibung: Es wird auf das Dokument "Angebotsbedingungen" im Rahmen der Vergabeunterlagen verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 02/06/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6VMN1D/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6VMN1D>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6VMN1D>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 08/06/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Klarstellung: Mit dem vorstehenden Satz "Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen." ist Folgendes gemeint: Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen oder zu vervollständigen oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen (vgl. § 56 Abs. 2 Satz 1 VgV). Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 56 Abs. 3 VgV).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Vertragsentwurf und die Bestimmungen des TVgG NRW.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Informationen über die Überprüfungsfristen: 1. Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnisnahme rügen. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der

Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 4. Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. § 160 Abs. 3 S. 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über die E-Vergabeplattform) der Information nach § 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Gemäß § 135 Abs. 1 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1) gegen § 134 GWB verstoßen hat oder 2) den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. Gemäß § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Bochum

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Bochum

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bochum

Registrierungsnummer: 05911-31001-89

Postanschrift: Wittener Str. 47

Stadt: Bochum

Postleitzahl: 44777

Land, Gliederung (NUTS): Bochum, Kreisfreie Stadt (DEA51)

Land: Deutschland

E-Mail: stefan.mager@luther-lawfirm.com

Telefon: +49201922024014

Internetadresse: <https://www.bochum.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Registrierungsnummer: DE164242157

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Telefon: +49 251411-1604

Fax: +49 251411-2165

Internetadresse: https://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/index.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: ff436267-732f-4bf9-ba32-8ee2770a3322 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/05/2026 18:02:25 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 315985-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 89/2026

Datum der Veröffentlichung: 08/05/2026